

Senatsbeschlüsse

der 177. Sitzung des Senats

am 18.09.2018, 11:15 Uhr

- 4325.) Entschließung des Bundesrates zu einem aktuellen Thema der Behindertenpolitik (Schwerbehindertenausweis)
Antrag der Freien Hansestadt Bremen
(Vorlage 2345/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 25. September 2018 aus.

- 4326.) Finanzierung der Planung für den Ausbau der Rastanlagen an den Bundesautobahnen im Land Bremen
(Vorlage 2346/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2346/19 das Konzept zum Ausbau der Rastanlagen an den Bundesautobahnen im Land Bremen zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt dem Finanzierungskonzept der Planungsleistungen für den Ausbau der Rastanlagen an der A1 im Land Bremen von rd. 533.000 EUR zu, wobei Mittel in Höhe von 300.000 EUR zunächst durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorfinanziert werden und die Rückerstattung der Planungsausgaben durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bis spätestens 2023 erfolgt.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die erforderlichen Beschlüsse zur anteiligen Vorfinanzierung der Planungskosten von 300.000 EUR in der Fachdeputation einzuholen.
4. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die erforderlichen Beschlüsse zur anteiligen Finanzierung der

Planungskosten von 233.000 EUR in der Fachdeputation über die zusätzliche Verpflichtungsermächtigung für 2019 von 266.500 EUR bei der Senatorin für Finanzen und die erforderlichen Nachbewilligungen von jeweils 150.000 EUR p.a. im Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen sowie die Rückführung von 300.000 EUR bis spätestens 2023 in seiner Finanzplanung prioritär zu berücksichtigen.

5. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und Gender-Prüfung“ nach dem dritten Absatz folgende Sätze eingefügt werden:

„Dies ist möglich, da das BMVI den Ländern mitgeteilt hat, dass die Erstattung von Planungsleistungen von 2018 bis Ende 2020 von 3 % auf künftig 6 % der Baukosten von Bundesautobahnen verändert werden soll. Für die Jahre 2021, 2022 und 2023 sollen für Projekte mit bereits begonnener Planung gestaffelt 5 % (2021), 3 % (2022) und 1 % (2023) der Baukosten bzw. fortgeschriebene BAB-Investitionen als Zweckausgabenpauschale gezahlt werden.“

- 4327.) Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Kulturgutschutzgesetz (Kulturgutschutzgesetzzuständigkeitsverordnung)
(Vorlage 2347/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2347/19 die „Verordnung über die zuständigen Behörden nach dem Kulturgutschutzgesetz (Kulturgutschutzgesetzzuständigkeitsverordnung)“ sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

- 4328.) Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Infrastruktur in den Bereichen Jugend, Kultur, Sport"
Bewerbungen der Stadtgemeinde Bremen
(Vorlage 2348/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat befürwortet und unterstützt entsprechend der Vorlage 2348/19 die Bewerbung um Bundesmittel für die Sanierung der unter B. Lösung, dargestellten Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms Sanierung kommunaler Infrastruktur in den Bereichen Jugend, Kultur, Sport.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) über den am 18.09.2018 gefassten Beschluss des Senats zu informieren.

- 4329.) 24. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen
(Vorlage 2349/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2349/19 den Entwurf eines 24. Ortsgesetzes zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung.
2. Der Senat stellt fest, dass unter „E. Beteiligung / Abstimmung“ die letzten beiden Sätze wie folgt gefasst werden: „Die Deputation für Inneres hat der Vorlage in ihrer Sitzung am 13. September 2018 zugestimmt.“

4330.) Anmietung der Immobilie Feuerkuhle 32
(Vorlage 2350/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2350/19 der Anmietung der Immobilie Feuerkuhle 32 zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Inneres die erforderlichen Beschlüsse zur Erteilung der Verpflichtungsermächtigung im Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen einzuholen.
3. Der Senat bittet den Senator für Inneres für die in 2019 voraussichtlich entstehenden Anmietungskosten eine Lösung innerhalb des Produktplanbudgets zu entwickeln.

4331.) Modernisierung des Gebäudes Block IX auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei in Huckelriede für die Aus- und Fortbildung der Polizei Bremen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung – Standort II
(Vorlage 2351/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2351/19 der dargestellten Maßnahme „Modernisierung des Gebäudes Block IX auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei in Huckelriede“ zur Sicherstellung der Ausbildung im Studiengang Polizeivollzugsdienst an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung zum Herbst 2019 zu.
2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die zur Durchführung der dargestellten Maßnahmen erforderlichen Mittel in den Jahren 2018/2019 durch das Ressortbudget des Produktplans Inneres finanziert werden soll. Für den Fall, dass eine Ressortfinanzierung im Vollzug der Haushalte 2018/2019 nicht möglich ist, wird im Rahmen der jeweiligen Controlling-Berichterstattung durch die Senatorin für Finanzen ein Vorschlag für einen Ausgleich vorgelegt.

3. Der Senat bittet den Senator für Inneres die erforderlichen Beschlüsse im Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen einzuholen.

4332.) "Weiter mit Bildung und Beratung" im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm 2014 - 2020
Zwischenbilanz und Fortführung 2019/2020
(Vorlage 2352/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2352/19 die Zwischenbilanz zum Landesprogramm „Weiter mit Bildung und Beratung“ zur Kenntnis und stimmt der Weiterführung bis 2020 zu.
2. Der Senat stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung i.H.v. insgesamt 1.462 T€ mit einer Abdeckung in 2019 i.H.v. 719 T€ und in 2020 i.H.v. 743 T€ zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2020 i.H.v. 743 T€ im Rahmen der Aufstellung der Haushalte 2020/2021 prioritär im Haushalt des PPL 31 darzustellen.
4. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Mitte 2020 über den Programmverlauf zu berichten und einen Vorschlag für die Folgejahre vorzulegen.
5. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die erforderlichen Beschlüsse über die Senatorin für Finanzen, vorbehaltlich der Zustimmung der Fachdeputation, beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
6. Der Senat stellt fest, dass
 - in der Tabelle 3 in der Spalte „A. Gesamtkoordination und Beratung“ nach dem Wort „BHV“, dem Wort „Beratung“, dem Wort „KofeBS“ jeweils

ein zusätzliches Sternchen eingefügt sowie in der Fußnote vor dem Wert „1,5“ zwei Sternchen und vor „Start 5/17“ und „Start 5/18“ jeweils ein weiteres Sternchen eingefügt werden, und
- der Absatz vor Tabelle 6 nicht im Fettdruck dargestellt wird.

4333.) Getrennte Steuerung der Haushalte von Land und Stadtgemeinde Bremen sowie Neuregelung der Umsatzbesteuerung (Vorlage 2353/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt das skizzierte Verfahren sowie die organisatorischen Maßnahmen zur Trennung der Finanz-, Buchungs- und Kostenrechnungskreise im SAP-System, zur Überarbeitung der Regelungen zur Kostenerstattung der Aufgabengabewahrnehmung für die jeweils andere Gebietskörperschaft sowie zur Umsetzung der umsatzsteuerrechtlichen Regelungen zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen zum Jahresende 2018 eine Grobskizze zur Zeit- und Maßnahmenplanung sowie zu ersten Schätzungen der finanziellen Auswirkungen vorzulegen und im Anschluss daran regelmäßig halbjährlich über den Sachstand zu berichten.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen,
 - a. die unterschiedlichen Fristen für die „Land-/Stadt-getrennte umsatzsteuerliche Anmeldung für Betriebe gewerblicher Art“ und für die „Neuordnung der Umsatzbesteuerung von § 2b UStG“ zu harmonisieren mit dem Ziel zur gemeinsamen Umsetzung ab 1.1.2021 und
 - b. die vorgeschlagenen Maßnahmen so rechtzeitig umzusetzen, dass den gesetzlichen Anforderungen zur Umsatzbesteuerung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen und dem Verwaltungsakt des Finanzamt Bremen vom 16.01.2018 zur Trennung von Land und Stadtgemeinde Bremen in zwei umsatzsteuerliche Unternehmen nachgekommen werden kann.

- 4334.) "Sachstand und weitere Planungen bei der Bremer IntegrationsQualifizierung (BIQ)"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2354/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 17.09.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 17.09.2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4335.) Oberschule Ohlenhof
Neubau der Oberschule und Gestaltung des Campus Ohlenhof
entsprechend dem "Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen"
Hier: Bau- und Kostenplanung unter Berücksichtigung der Ergänzungsmittel
(Vorlage 2355/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2355/19 der Ausführung der Maßnahmen sowie der mit der Planung verbundenen Aufwertung des Areals und der Öffnung in den Stadtteil entsprechend dem Integriertem Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen zu.
2. Der Senat stimmt der Kostenplanung und der aufgezeigten Finanzierung unter Einbeziehung der Förderung durch Mittel des Städtebauförderungsprogrammes „Soziale Stadt“ und durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu.
3. Der Senat stimmt der Vorabdotierung des Finanzierungsanteils SVIT (Stadt) für die Maßnahme „Neubau der Oberschule und Gestaltung des Campus Ohlenhof“ für das Jahr 2020 i. H. v. 6,782 Mio. € und der Einplanung im Rahmen der Fortschreibung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung zu.

4. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, die entsprechenden haushaltsrechtlichen Voraussetzungen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss zu beantragen.
6. Der Senat stellt fest, dass
 - unter „D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ im dritten Absatz unter der Tabelle der Wert „36,4“ ersetzt wird durch den Wert „38,9“ sowie der Wert „46,4“ ersetzt wird durch den Wert „48,9“.
 - unter „D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ am Ende folgender Absatz eingefügt wird:

„Im Rahmen der Planungsphase zum Campus Ohlenhof fand ein umfangreiches Beteiligungsverfahren statt, u.a. auch mit Workshops für Kinder und Jugendliche. Dabei wurde darauf geachtet, dass auch Mädchen sich mit ihren spezifischen Bedürfnissen einbringen. So konnte sichergestellt werden, dass bei den Workshops die Belange von Mädchen und Jungen gleichermaßen Beachtung fanden und diese im weiteren Planungsprozess berücksichtigt werden konnten.“
 - unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ im ersten Satz nach dem Wort „Häfen“, das Komma ersetzt wird durch das Wort „und“ sowie die Worte „und der EFRE-Verwaltungsbehörde“ ersatzlos gestrichen werden.

- 4336.) Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - 4.
Zwischenbericht
(Vorlage 2356/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2356/19 den 4. Zwischenbericht zur Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, die Haushalts- und Finanzausschüsse der Bremischen Bürgerschaft zu unterrichten.
2. Der Senat bittet um die Vorlage des 5. Zwischenberichtes im Februar 2019.

- 4337.) Entwicklung eines Spielraumförderkonzeptes für die Stadtgemeinde Bremen
Zwischenbericht und weiteres Vorgehen
(Vorlage 2357/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2357/19 den von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vorgelegten Bericht über eingeleitete Maßnahmen zur Umsetzung von Qualitätsverbesserungen auf öffentlichen Spielflächen und zur Vorbereitung eines Spielraumförderkonzeptes zur Kenntnis.
2. Der Senat stellt fest, dass unter „B. Lösung“ unter 2. b) „Kataster aller öffentlich nutzbaren Spielräume“ der vierte Satz ersatzlos gestrichen wird.

4338.) Tagesordnung der 970. Sitzung des Bundesrates am 21.09.2018
(Vorlage)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst folgende
Beschlüsse:

- 001 a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung
des Bundeshaushaltsplans für das
Haushaltsjahr 2019
- b) Finanzplan des Bundes 2018 bis 2022

Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf und zu einem
Finanzplan
= Zustimmung zu Drs. 330/1/18

- 002 Gesetz zum Erlass und zur Änderung
bundesrechtlicher Vorschriften in Bezug auf die
Übernahme der Aufgaben der Deutschen
Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten
Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen
deutschen Wehrmacht durch das Bundesarchiv

Beschluss: **Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses
zu Drs. 409/18**

- 003 Gesetz zu dem Abkommen vom 24. August 2017
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und
der Republik Kamerun zur Vermeidung der
Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen von
Luftfahrtunternehmen

Beschluss: Zustimmung zum Gesetz
= Zustimmung zu Drs. 410/18

- 004 Entwurf eines Gesetzes zur Dynamisierung der
Einkommensgrenze für Minijobs und für
Verbesserungen für Arbeitnehmer in der Gleitzone
Nordrhein-Westfalen (U)
Drs. 419/18

Beschluss: **Überweisung an die Ausschüsse**

005	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes Bayern (U) Beschluss: Ablehnung der Einbringung des Gesetzentwurfes und Ablehnung eines Plenarantrages NI = Zustimmung zu Drs. 405/1/18 und Ablehnung eines Plenarantrages NI
006 a	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Ver- zinsung nach der Abgabenordnung Hessen (U) Drs. 396/18 Beschluss: Ohne (wird an die Ausschüsse rücküberwiesen)
006 b	Entschließung des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Verzinsung nach der Abgabenordnung Hessen (U) Drs. 397/18 Beschluss: Ohne (wird an die Ausschüsse rücküberwiesen)
007	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Luftsicherheitsgesetzes zum Zwecke der Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen von Luftfahrtunternehmen bei der Abfertigung von Fluggästen Niedersachsen (U) Beschluss: Einbringung des Gesetzentwurfes und Bestellung eines/r Beauftragten = Zustimmung zu Drs. 321/1/18
008	Entwurf eines Gesetzes zum Verbot der Gesichtsverhüllung während der Gerichtsverhandlung Nordrhein-Westfalen (U), Bayern (U) Drs. 408/18 Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse
009	Entwurf eines Gesetzes zum besseren Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm Rheinland-Pfalz (U), Baden-Württemberg (U), Hessen (U) Beschluss: Enthaltung zur Einbringung eines Gesetzentwurfes beim Bundestag mit oder ohne Maßgabe = Enthaltung zu Drs. 439/18
010	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes Hessen (U) Drs. 420/18 Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse

011	Entschließung des Bundesrates ""ELFE - Einfach Leistungen für Eltern"" <i>Bremen (U), Hamburg (U), Schleswig-Holstein (U), Thüringen (U), Berlin (B)</i> Beschluss: Fassen der Entschließung = Zustimmung zu Drs. 307/18
012	Entschließung des Bundesrates ""Erhöhung der Freigrenze des § 64 Absatz 3 Abgabenordnung von 35.000 EUR auf 45.000 EUR"" <i>Bremen (U), Baden-Württemberg (U), Bayern (U), Hamburg (U), Mecklenburg-Vorpommern (U), Niedersachsen (U), Rheinland-Pfalz (U), Sachsen (U), Sachsen-Anhalt (U), Schleswig-Holstein (U), Saarland (B)</i> Beschluss: Fassen der Entschließung = Zustimmung zu Drs. 308/18
013	Entschließung des Bundesrates ""Transparenzgebot bei der Auslandsfinanzierung von gemeinnützigen Körperschaften"" <i>Bayern (U)</i> Drs. 358/18 Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse
014	Entschließung des Bundesrates für zusätzlichen Wohnraum durch steuerliche Förderung von Aufstockungen bei bestehenden Gebäuden <i>Bayern (U)</i> Drs. 395/18 Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse
015	Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der Landwirtschaft durch zielgenaue steuerliche Maßnahmen <i>Bayern (U)</i> Drs. 422/18 Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse
016	Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der steuerlichen Unterstützung des betrieblichen Risikomanagements in der Landwirtschaft <i>Brandenburg (U), Bayern (U)</i> Beschluss: Enthaltung zur sofortigen Sachentscheidung und zum Fassen der Entschließung = 1. Enthaltung zur sofortigen Sachentscheidung 2. Enthaltung zu Drs. 438/18

017	Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten von §§ 175, 175a Nr. 3 und 4 des Strafgesetzbuches und § 151 des Strafgesetzbuches der DDR Betroffenen Berlin (U) Drs. 343/18 Beschluss: <i>(Senatsbeschluss über Beitritt vom 28.08.2018)</i> Überweisung an die Ausschüsse
018	Entschließung des Bundesrates zur Anpassung des Gewerbemietrechts Berlin (U) Drs. 414/18 Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse
019	Entschließung des Bundesrates zur Vermeidung von Kunststoff-Verunreinigungen in der Umwelt bei der Entsorgung verpackter Lebensmittel Schleswig-Holstein (U), Baden-Württemberg (U) Beschluss: Fassen einer Entschließung nach Maßgabe ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 303/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 2 Im Falle einer Schlussabstimmung: Fassen der Entschließung mit oder ohne Maßgabe
020	Entschließung des Bundesrates - Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zukunftsfest gestalten Thüringen (U) Beschluss: Fassen der Entschließung nach Maßgabe, hilfsweise unverändert = Zustimmung zu Drs. 305/1/18
021	Entschließung des Bundesrates ""Freien und fairen Außenhandel für Stahl sicherstellen"" Saarland (U), <i>Bremen</i> (U), Niedersachsen (U), Nordrhein-Westfalen (U), Sachsen (B) Beschluss: Fassen der Entschließung nach Maßgabe, hilfsweise unverändert = Zustimmung zu Drs. 314/1/18
022	Entschließung des Bundesrates - Einbeziehung der urbanen Zentren in die Energiewende Berlin (U), Thüringen (U) Drs. 402/18 Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse

023	Entschließung des Bundesrates - Scharfes Schwert gegen lahmes Internet Hessen (U) Drs. 440/18
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
<hr/>	
024	Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne zwei Ziffern Einbringung eines Plenarantrages = Zustimmung zu Drs. 366/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 4 und 8 Einbringung eines Plenarantrages
<hr/>	
025	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Tabakerzeugnisgesetzes
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 367/1/18
<hr/>	
026	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rindfleischetikettierungsgesetzes und milchrechtlicher Bestimmungen sowie zur Aufhebung der Rindfleischetikettierungs-Strafverordnung
Beschluss:	Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 368/18
<hr/>	
027	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 369/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 1
<hr/>	
028	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Fleischgesetzes
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 370/1/18
<hr/>	
029	Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Sondervermögens ""Digitale Infrastruktur""
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 371/1/18
<hr/>	

030	Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf bei freier Hand zu zwei Ziffern und ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 372/1/18 und Drs. 372/1/18 (zu) mit folgender Maßgabe: Freie Hand zu Ziffer 2 und 14 Ablehnung der Ziffern 26, 35, 36 Enthaltung zu Ziffern 3c, 8, 19, 34
031	Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf bei freier Hand zu zwei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 373/1/18 mit folgender Maßgabe: Freie Hand zu Ziffern 2 und 3 Freie Hand zu einem möglichen Plenarantrag
032	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Finanzmarktgesetzen an die Verordnung (EU) 2017/2402 und an die durch die Verordnung (EU) 2017/2401 geänderte Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Beschluss:	Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 374/18
033	Entwurf eines Gesetzes zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 375/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 2, 4, 7 und 8
034 a	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Pflegepersonals
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne zwei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 376/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 9 und 13

034 b	Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 355/1/18
<hr/>	
034 c	Verordnung über die Finanzierung der beruflichen Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz sowie zur Durchführung statistischer Erhebungen
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe ohne drei Ziffern und Fassen einer EntschlieÙung ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 360/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffer 2, Enthaltung zu den Ziffern 10, 11 und 17
<hr/>	
035	Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 6. Juli 2018 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland – Körperschaft des öffentlichen Rechts - zur Änderung des Vertrages vom 27. Januar 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland - Körperschaft des öffentlichen Rechts - zuletzt geändert durch den Vertrag vom 30. November 2011
Beschluss:	Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 377/18
<hr/>	
036	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Beamtenstatusgesetzes und des Bundesbeamtengesetzes
Beschluss:	Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 378/18
<hr/>	
037	Entwurf eines Bundesbesoldungs- und – versorgungsanpassungsgesetzes 2018/2019/2020
Beschluss:	Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 379/18
<hr/>	
038	Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung Georgiens, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten
Beschluss:	Enthaltung zur Stellungnahme sowie zur Frage keine Einwendungen = Enthaltung zu Drs. 380/1/18

039	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylgesetzes Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne zwei Ziffern, Enthaltung bei „keine Einwendungen“ = 1. Zustimmung zu Drs. 381/1/18 mit folgende Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 1 und 2b) 2. Enthaltung zur Frage „keine Einwendungen“
040	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/943 zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 382/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 1
041	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Freizügigkeit von EU-Bürgerinnen und -Bürgern sowie zur Neuregelung verschiedener Aspekte des Internationalen Adoptionsrechts Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 383/1/18
042	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Rechts des Angeklagten auf Anwesenheit in der Verhandlung Beschluss: Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 384/18
043	Entwurf eines Gesetzes zum Internationalen Güterrecht und zur Änderung von Vorschriften des Internationalen Privatrechts Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 385/1/18
044	Entwurf eines Gesetzes zur Beschränkung des marinen Geo-Engineerings Beschluss: Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 386/18
045	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Fortentwicklung des Europäischen Emissionshandels Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 387/1/18

046	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Seearbeitsgesetzes Beschluss: Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 388/18
047	Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrs-bereich Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne einige Ziffern und freier Hand zu einigen Ziffern = Zustimmung zu Drs. 389/1/18 mit folgender Maßgabe: Freie Hand zu Ziffern 1, 8, 31, 57; Ablehnung der Ziffern 13, 24, 46, 53, 54, 58, 66b) und 72 sowie Enthaltung zu den Ziffern 2, 3, 4, 6, 21, 23, 27, 29, 30, 43, 45, 56, 61, 64, 66a), 69 und 71
048	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2019 Beschluss: Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 390/18
049	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 391/1/18
050	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 8. Februar 2018 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen Beschluss: Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 392/18
051	Entwurf eines Gesetzes zu der Entschließung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 über die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings Beschluss: Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 393/18

052	Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (Übereinkommen von Hongkong)
Beschluss:	Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 394/18
<hr/>	
053	Rechnung des Bundesrechnungshofes für das Haushaltsjahr 2017 - Einzelplan 20 -
Beschluss:	Entlastung erteilen = Zustimmung zu Drs. 243/18
<hr/>	
054	Erfahrungsbericht zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Erfahrungsbericht)
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 327/18
<hr/>	
055	Bericht über die Ergebnisse der Arbeit der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe und die hieraus gewonnenen Erfahrungen
Beschluss:	Stellungnahme = Zustimmung zu Drs. 361/1/18
<hr/>	
056	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 163/1/18
<hr/>	
057	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag = Zustimmung zu Drs. 179/1/18
<hr/>	
058	Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu einem umfassenden Ansatz für das Lehren und Lernen von Sprachen
Beschluss:	Stellungnahme zum Empfehlungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 197/1/18
<hr/>	

059	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europa in Bewegung - Nachhaltige Mobilität für Europa: sicher, vernetzt und umweltfreundlich
Beschluss:	Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung = Zustimmung zu Drs. 187/1/18
<hr/>	
060	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes
Beschluss:	Enthaltung zur Stellungnahme mit dem Ziel der Kenntnisnahme (Ziffer 15) = Zustimmung zu Drs. 252/2/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffer 1 bis 14
<hr/>	
061	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von CO2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge
Beschluss:	Enthaltung zur Stellungnahme mit dem Ziel der Kenntnisnahme (Ziffer 5) = Zustimmung zu Drs. 284/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 1 bis 4
<hr/>	
062	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 223/1/18
<hr/>	
063	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms ""InvestEU""
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 271/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffer 17
<hr/>	

064	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über besondere Bestimmungen für das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln unterstützte Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" (Interreg)
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 229/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 11, 30, 39 und 45 sowie Enthaltung zu den Ziffern 18, 28 und 47
<hr/>	
065	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 230/1/18
<hr/>	
066	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms über den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen, und die europäischen Statistiken und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 99/2013, (EU) Nr. 1287/2013, (EU) Nr. 254/2014, (EU) Nr. 258/2014, (EU) Nr. 652/2014 und (EU) 2017/826
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 264/1/18
<hr/>	
067	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität "Connecting Europe" und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) 283/2014
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 270/1/18
<hr/>	

068	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 286/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 6
<hr/>	
069	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung von Erasmus, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1288/2013
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 234/1/18
<hr/>	
070 a	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation ""Horizont Europa"" sowie über die Regeln für die Beteiligung und die Verbreitung der Ergebnisse
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 261/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffer 4
<hr/>	
070 b	Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Spezifische Programm zur Durchführung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation ""Horizont Europa""
Beschluss:	Stellungnahme zum Beschlussvorschlag = Zustimmung zu Drs. 262/1/18
<hr/>	
071	Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2021 - 2025) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation ""Horizont Europa""
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 263/1/18
<hr/>	

072	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm Kreatives Europa (2021 bis 2027) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1295/2013
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 233/1/18
<hr/>	
073	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+)
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne zwei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 237/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 14 und 21
<hr/>	
074	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 285/1/18
<hr/>	
075	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über staatsanleihebesicherte Wertpapiere
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 279/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zur Ziffer 3
<hr/>	
076	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 289/1/18
<hr/>	
077	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Offenlegung von Informationen über nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken sowie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2016/2341
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 290/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 1, 2, 3 und 9

078	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf die Einführung der detaillierten technischen Maßnahmen für die Anwendung des endgültigen Mehrwertsteuer-systems für die Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedstaaten
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag = Zustimmung zu Drs. 297/1/18

079	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 339/1/18

080	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten ("Zustellung von Schriftstücken")
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 340/1/18

081	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 768/2005, (EG) Nr. 1967/2006, (EG) Nr. 1005/2008 des Rates und der Verordnung (EU) 2016/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Fischereiaufsicht
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 282/1/18

082	Verordnung zur Festsetzung des Umlagesatzes für das Insolvenzgeld für das Kalenderjahr 2019
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 336/18

083	Verordnung zur Festlegung und Anpassung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2018
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 344/18

084	Verordnung zur Änderung der Obst-Gemüse-Erzeugerorganisationendurchführungsverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 274/18
<hr/>	
085	Vierte Verordnung zur Änderung der Rebenpflanzgutverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 345/1/18
<hr/>	
086	Dritte Verordnung zur Änderung der Geflügelpest-Verordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 352/1/18
<hr/>	
087	Verordnung zur Änderung der Direktzahlungen-Durchführungsverordnung und der Agrarzahlungen-Verpflichtungenverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 400/1/18
<hr/>	
088	Neunundfünfzigste Verordnung zur Durchführung des § 172 des Bundesentschädigungsgesetzes
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 337/18
<hr/>	
089	Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2016
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 338/18
<hr/>	
090	Erste Verordnung zur Änderung der Medizinprodukte-Abgabeverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 357/18
<hr/>	
091	Verordnung zur Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung und der Verordnung über apothekenpflichtige und freiverkäufliche Arzneimittel
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 359/18
<hr/>	
092	Zweite Verordnung zur Änderung der Bundeseisenbahngebührenverordnung
Beschluss:	Nichtzustimmung zu einer Verordnung mit Begründung = Zustimmung zu Drs. 348/1/18
<hr/>	

093	Sechste Verordnung zur Änderung der Energiewirtschaftskostenverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 353/18
<hr/>	
094	Benennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Fachbeiräte der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (siehe Drucksache) = Zustimmung zu Drs. 318/1/18
<hr/>	
095 a	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für den Ausschuss der Kommission für Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (MR Bruno Kriegelstein/BW) = Zustimmung zu Drs. 328/1/18
<hr/>	
095 b	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (Umweltschutz auf Kommissions- wie auf Ratsebene - Themenbereich: Kreislaufwirtschaft)
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (MR Dr. Dirk Grünhoff/RP) = Zustimmung zu Drs. 329/1/18
<hr/>	
095 c	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die neue Generation von Arbeitsgruppen im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung zur Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung ("ET 2020") (Kommissionsarbeitsgruppe "Berufliche Bildung und Ausbildung")
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (MR'in Stephanie Pudenz/NW sowie als Stellvertreter LRSD Dr. Oliver Schoell/NW) = Zustimmung zu Drs. 351/1/18
<hr/>	
096	Bestimmung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Konjunkturrates für die öffentliche Hand
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (siehe Drucksache) = Zustimmung zu Drs. 398/1/18
<hr/>	

097	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
Beschluss:	Von Äußerung und Beitritt absehen = Zustimmung zu Drs. 411/18
<hr/>	
098	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung zivilrechtlicher Vorschriften an die Datenschutz-Grundverordnung Bayern (U)
Beschluss:	Ablehnung der sofortigen Sachentscheidung, Ablehnung der Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag = 1 Ablehnung der sofortigen Sachentscheidung 2. Ablehnung Drs. 304/1/18
<hr/>	
099	Entschließung des Bundesrates: Praktische Umsetzung tierschutzgesetzlicher Regelungen zur Ferkelkastration Rheinland-Pfalz (U) Drs. 446/18
Beschluss:	1. Freie Hand für den Fall einer sofortigen Sachentscheidung 2. Freie Hand zur Frage Fassen der Entschließung
<hr/>	
100	Entschließung des Bundesrates „Verbesserung der Information der Öffentlichkeit und zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen bei Kerosin-Ablässen (Fuel-Dumping)“ Rheinland - Pfalz (U) Drs. 447/18
Beschluss:	1. Freie Hand für den Fall einer sofortigen Sachentscheidung 2. Freie Hand zur Frage Fassen der Entschließung
<hr/>	
101	Entschließung des Bundesrates - Hardware-Nachrüstungen statt Fahrverbote Hessen (U) Drs. 448/18
Beschluss:	1. Freie Hand für den Fall einer sofortigen Sachentscheidung 2. Freie Hand zur Frage Fassen der Entschließung
<hr/>	

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass Herr Bürgermeister Dr. Sieling, Frau Bürgermeisterin Linnert, Herr Senator Dr. Lohse und Frau Staatsrätin Hiller an der 970. Sitzung des Bundesrates am 21. September 2018 teilnehmen werden.

4339.) Landesprogramm Städtebauförderung 2018
(Vorlage 2358/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2358/19 das Landesprogramm „Städtebauförderung 2018“ zur Kenntnis und stimmt einer entsprechenden Anmeldung beim Bund durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu.
2. Der Senat stellt fest, dass die in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven notwendigen Mittel zur Kofinanzierung der durch den Bund zur Verfügung gestellten Finanzhilfen in den jeweiligen Haushalten bereitgestellt werden.
3. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Bedarfsfall prioritätsbezogen einen Bundesmittelaustausch bei den Maßnahmen vornehmen wird, um einen zügigen Bundesmittelabruf zu gewährleisten.
4. Der Senat stimmt zu, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen gemäß den Vorschriften der Verwaltungsvereinbarung „Städtebauförderung 2018“ dem Bund ggf. eine neue Maßnahme benennt und frei gewordene Bundesfinanzhilfen hierfür verwendet, wenn z.B. eine bereits dem Bund gemeldete Maßnahme wegen Undurchführbarkeit oder sonstigen Gründen aufgegeben oder zurückgestellt werden wird.

4340.) Eckpunkte für ein Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof
(Vorlage 2359/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom
17.09.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 17.09.2018 den Eckpunkten für das Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof zu und bittet die Projektkoordination zusammen mit den beteiligten Ressorts die Maßnahmen umzusetzen und weiterzuentwickeln.
2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Umsetzung der in dieser Vorlage genannten Maßnahmen in weiten Bereichen Bestandteil der Maßnahmen des Handlungsfelds Sichere und Saubere Stadt sind.
3. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die zur Durchführung der unter 5b beschriebenen Maßnahmen erforderlichen investiven Mittel im Haushaltsjahr 2018 u.a. in Höhe von 70 T€ durch Heranziehung nicht benötigter Flüchtlingsmittel erfolgt. Ferner nimmt er zur Kenntnis, dass die Finanzierung der Kosten in 2019 in Höhe von 310.000 € nach Prüfung der Möglichkeiten in den Ressorts Gesundheit und Soziales durch den Gesamthaushalt getragen werden. Er bittet die Senatorin für Finanzen im Rahmen des ersten Controllings des Produktgruppenhaushalts im Jahr 2019 einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen.
4. Der Senat betont die Notwendigkeit einer zentralen Koordination und Abstimmung der am Programm beteiligten Akteure aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor und begrüßt die Entscheidung des Senators für Inneres für diese Aufgaben die „Öffentlich-private-Sicherheitspartnerschaft“ zu nutzen und einen zentralen Programmkoordinator Hauptbahnhof einzusetzen.
5. Der Senat bittet alle Ressorts eine feste Ansprechperson für das Sicherheitsprogramm zu benennen und die kontinuierliche und bedarfsgerechte Beteiligung/Mitarbeit sicherzustellen.

6. Der Senat bittet den Senator für Inneres ihm Ende 2018 über den Sachstand schriftlich zu berichten.

4341.) Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum "Rechtsanspruch auf Erläuterung von amtlichen Bescheiden in 'Leichter Sprache'" (Drucksache 19/1356)
(Vorlage 2360/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2360/19 den Bericht zum Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum „Rechtsanspruch auf Erläuterung von amtlichen Bescheiden in ‚Leichter Sprache““ (Drucksache 19/1356) und die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:
 - In der Mitteilung des Senats wird unter „1. darauf hinzuwirken, dass (...)“ im vierten Absatz, erster Satz vor dem Wort „Zielgruppe“ das Wort „Die“ ersetzt durch das Wort „Eine“.
 - In der Mitteilung des Senats wird unter „3.2 Kompetenzaufbau der bremischen Verwaltung“ der letzte Satz wie folgt formuliert: „Wie und in welchem Maße Strategien und Werkzeuge der „Einfachen Sprache“ ebenfalls im Fortbildungsprogramm für die bremische Verwaltung Eingang finden, sollte nicht im Kontext des BGG, sondern u.a. im Kontext des „Entwicklungsplanes Partizipation und Integration“ entschieden werden.“
2. Der Senat beschließt die im Bericht unter 1 genannten Umsetzungsschritte des „Aktionsplans“ zum vermehrten Einsatz der Leichten Sprache in Behörden. Er bittet die Senatorin für Finanzen und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die Umsetzung von Leichter Sprache und ggf. veränderten Bedarfe an Unterstützungsleistungen und Kompetenzen gemäß dem vorliegenden Aktionsplan zu organisieren und zu bewerten.

4342.) "Nilgänse, Rabenkrähen und Elstern im Bundesland Bremen"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 02)
(Vorlage 2361/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2361/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 1 werden im dritten Satz das Wort „weder“ ersetzt durch die Worte „keine grundsätzliche Belastung“ und die Worte „noch für“ ersetzt durch das Wort „und“ sowie vor dem Wort „dar“ die Worte „eine Belastung“ ersatzlos gestrichen.
- In der Antwort auf Frage 1 werden im vierten Satz nach dem Wort „Dichte“ die Worte „und stellen keine Beeinträchtigung dar“ ersatzlos gestrichen.
- In der Antwort auf Frage 1 wird der fünfte Satz wie folgt formuliert:
„Gelegentlich kommt es zu Revierstreitigkeiten, insbesondere um Weißstorchhorste.“

4343.) Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar – Juni 2018
(mit Jahresprognose 2018)
(Vorlage 2362/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt den beigefügten Controllingbericht zum Produktgruppenhaushalt Januar bis Juni 2018 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) weiterzuleiten.
2. Der Senat bittet diejenigen Produktplanverantwortlichen, in deren Produktplänen sich Budget- und Liquiditätsrisiken im voraussichtlichen Jahresergebnis abzeichnen, bis zum Controllingbericht für den Zeitraum

Januar bis August 2018 (Eingabeschluss 21.09.2018) zusätzlich zu den erlassenen Bewirtschaftungsmaßnahmen konkrete ressortinterne Vorschläge zu deren Lösung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Einnahme- und Ausgabeentwicklung vorzulegen. Hierbei sind alle weitergehenden ressortinternen Ausgleichsmöglichkeiten zur Sicherstellung der Einhaltung des Budgets und des zulässigen eckwertrelevanten Finanzierungssaldos in den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde zu prüfen und einzuleiten sowie im Controllingbericht Januar bis August 2018 nachvollziehbar zu dokumentieren.

3. Der Senat bittet die Ressorts vor dem Hintergrund einer zukunftsorientierten, fokussierten Bewertung der strategischen Zielerreichung und der vorgesehenen Darstellungsmöglichkeiten im eHaushalt ihre bisherige Zuordnung von Wirkungs-, Leistungs- und Qualitätskennzahlen zu strategischen Zielen zu überprüfen. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, bis zum Controllingbericht Januar bis September 2018 hierzu einen konkreten Verfahrensvorschlag zu entwickeln.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen vor dem Hintergrund der fortwährend festgestellten Unsicherheit bei der Prognose des voraussichtlichen Jahresergebnisses zu prüfen, ob und mit welchen Instrumenten eine verbesserte Schätzung erreicht werden kann. Er bittet die Senatorin für Finanzen, über das Ergebnis in Abstimmung mit den Ressorts im Januar 2019 zu berichten.

4344.) Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts
(Vorlage 2363/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2363/19 den Entwurf des „Gesetzes zur Weiterentwicklung des Bremischen

Behindertengleichstellungsrechts“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte, das Gesetz in 1. und 2. Lesung in der nächst erreichbaren Sitzung zu beschließen, um ein Inkrafttreten Ende September 2018 zu ermöglichen.

2. Der Senat bittet die Ressorts, die sie betreffenden Anforderungen aus dem Gesetzesentwurf im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung umzusetzen.
3. Der Senat stellt fest, dass
 - unter „B. Lösung“ am Ende von Ziffer IX Zu Abschnitt 6 die folgenden Sätze eingefügt werden:
„Mit der Bestätigung der Weisungsunabhängigkeit des kommunalen Behindertenbeauftragten durch die Stadt Bremerhaven erhält dieser einen Sitz mit Stimmrecht im Landesteilhabebeirat.
Der Senat bittet die Bremische Bürgerschaft, die hierfür notwendige Anpassung der gesetzlichen Regelung im parlamentarischen Verfahren vorzunehmen.“
 - unter „E. Beteiligung / Abstimmung“ das Wort „eingeleitet“ ersetzt wird durch das Wort „erfolgt“.